JONAS BENDIKSEN / MAGNUM

China ist einer der grössten Klimasünder: Ein chinesischer Fischer mit seiner Frau vor einem Kohlekraftwerk in der Nähe der Stadt Luo Huang. (2009)

Klimaschutz muss sich lohnen

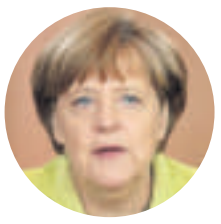
Reiche Industrieländer haben das Ende des Zeitalters von Öl, Gas und Kohle angekündigt. Alles nur heisse Luft? **Von Gordana Mijuk**

Damit hat niemand gerechnet. Die Regierungschefs der sieben reichsten Länder des Westens haben vor wenigen Tagen auf Schloss Elmau in Bayern das Ziel einer Welt ohne CO_2-Emissionen bis zum Ende des Jahrhunderts verkündet. Nie zuvor hatte man Politiker auf dieser Stufe der Macht so reden hören. Die G-7 sprach nicht von diffusen 2-Grad-Temperatur-Grenzen, sie sprach nicht von der Reduktion der Emissionswerte. Sie sagte erstmals klipp und klar, es brauche null Emissionen. Es brauche eine volle «Dekarbonisierung».

Eine emissionsfreie Wirtschaft war bis vor wenigen Jahren bloss das Phantasieprodukt von grünen Weltverbesserern, das kaum jemand ausserhalb der Umweltschutzszene ernst nahm. Denn ein Ende der Emissionen würde ein Ende des fossilen Zeitalters bedeuten, ein Ende des Zeitalters von Öl, Gas und Kohle. Das war unvorstellbar. Und nun sind diese Visionen in den Schaltzentren der Macht angelangt, in den USA, in Deutschland, Japan, England, Frankreich, Italien, Kanada. Bis 2100 sollen die globalen Emissionen auf null zurückgehen, bis 2050 sollen sie um bis zu 70 Prozent reduziert sein.

«Die Wissenschaft hat schon lange berechnet, dass es ohne die Reduktion auf null Emissionen nicht geht. Doch die Politik tat sich bis jetzt schwer, diese Folgen zu benennen», sagt Reto Knutti, Klimaphysiker an der ETH. Die Zusammenhänge sind evident: Wenn man verhindern will, dass Küstenregionen im Meer versinken und etliche Tier- und Pflanzenarten aussterben, muss man verhindern, dass sich die Erde immer weiter erwärmt. Für das 2-Grad-Ziel, das sich die Welt gesetzt hat, dürfen künftig nur noch 900 Milliarden Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre abgegeben werden. Wenn die Welt im heutigen Tempo Treibhausgase freisetzt, reichen die 900 Milliarden Tonnen aber nur gerade für 25 Jahre.

Angela Merkel



Sie wurde für ihren G-7-Gipfel auf Schloss Elmau in Bayern als Klima-Kanzlerin gefeiert. Doch auch wenn sich Deutschland als Energie-Vorreiter inszeniert, in Bezug auf Kohle ist das Land ein schwarzes Schaf. Die CO_2-Emissionen sind in den letzten Jahren kaum gesenkt worden. Der Anteil der Kohle am Strommix beträgt 44 Prozent, und es gelingt der Politik nicht, die dreckigsten Kohleminen stärker mit Abgaben zu belasten.

Der Politik fällt die schwierige Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass die 900 Millionen Tonnen CO_2-Emissionen fair auf die einzelnen Länder verteilt werden. Bis anhin scheiterte sie kläglich. Die Klimakonferenzen waren in den vergangenen Jahren ein Trauerspiel und führten zu keinen Beschlüssen, geschweige denn bindenden Verpflichtungen. Der CO_2-Ausstoss stieg derweil ungehindert weiter.

«Der neue Begriff der Dekarbonisierung könnte die Klimadebatte verändern», sagt Oliver Geden, Experte für Klimapolitik bei der Stiftung für Wissenschaft und Politik in Berlin. Einigt man sich darauf, dass jedes Land so schnell wie möglich seine Emissionen auf null senken muss, wird es für einzelne Staaten schwieriger, zu rechtfertigen, weshalb sie in neue Kohlekraftwerke investieren.

Entscheidend sind China und Indien

Werden auf die grossen Worte der G-7 auch grosse Taten folgen? Bis jetzt sieht man davon wenig. Die G-7-Ankündigung sorgt allerdings für Optimismus im Hinblick auf die Klimakonferenz in Paris Ende Jahr. Oliver Geden warnt aber vor zu grossen Hoffnungen: «Das Ziel ist nicht, ein Vertragswerk mit strikten Reduktionszielen für alle Länder zu erarbeiten, um die Welt endlich auf einen 2-Grad-Kurs zu bringen.» Es gehe vielmehr darum, alle Staaten ins Boot zu holen, insbesondere die grössten Klimasünder China, die USA und Indien. Diese würden oktroyierte Klimaziele gar nicht akzeptieren.

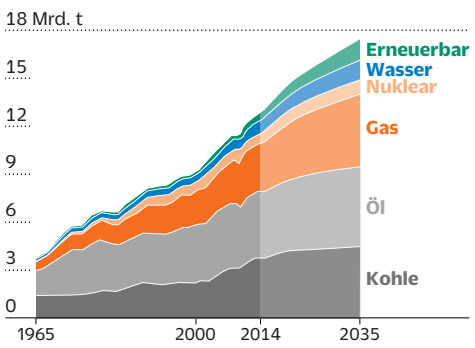
Umweltschutzorganisationen hoffen dennoch, dass mit dem Bewusstseinswandel der G-7 die globale Energiewende endlich eingeläutet wird. Nun sei das Ende des Klima-Killers Kohle besiegelt sowie das Ende des Öls, frohlockte Greenpeace in einer Mitteilung. Nun könne eine 100-prozentig erneuerbare Energiezukunft beginnen.

Am Finanzmarkt spürt man noch nichts von dieser schönen neuen Energiezukunft. Weder die Aktien von Kohleminen reagierten auf den G-7-Gipfel noch der Ölpreis. «Was wissen wir schon darüber, wie die Welt in 85 Jahren aussieht. Darüber kann die Politik nicht ernsthaft Aussagen machen», sagt Rolf Hartl, Präsident der Schweizer Erdölvereinigung. An der Börse spielt Klimapolitik keine Rolle.

«Entscheidend für die Kohle-Nachfrage ist nicht mehr die G-7, sondern sind Länder wie China, Indien und Indonesien», sagt Carsten Schlufter, Energie-Analyst bei der Grossbank UBS. Ihr Hunger nach Wirtschaftswachstum und Wohlstand werde die Nachfrage nach dem Energieträger weiter ansteigen lassen.

Öl wird beliebt bleiben

Prognose der globalen Nachfrage nach verschiedenen Energieträgern



Quelle: BP

Eine emissionsfreie Wirtschaft war früher bloss Wunschdenken grüner Weltverbesserer. Heute ist sie die Vision der G-7.

Auch das Geschäft mit dem Öl wird weiter florieren, sagen Analysten. Das Transportwesen, die ganze Mobilität ist zu 99 Prozent auf Öl angewiesen. Und in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern hat die Motorisierung der Bevölkerung erst begonnen. In den vergangenen Jahren gab es nur zwei Entwicklungen, die den Anstieg der CO_2-Emissionen etwas abschwächten: die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in China und die Schiefergas-Förderung in den USA, die dazu führte, dass Kohle durch umweltfreundlicheres Gas ersetzt wurde und nach wie vor wird.

Kohle ist der neue Tabak

Rolf Wüstenhagen ist Professor für Management von erneuerbaren Energien an der Universität St. Gallen. Er untersucht das Verhalten von Energie-Investoren und sieht sehr wohl erste Anzeichen dafür, dass die internationale Klimapolitik in der Wirtschaft langsam ernst genommen wird. «Wir stehen an einem Tipping Point, an einem Wendepunkt, gerade bei der Kohle», sagt er. Vor wenigen Wochen habe der grösste Staatsfonds der Welt, die Norwegian Government Pension Fund Global, entschieden, Anteile im Wert von geschätzten acht Milliarden Dollar an der Kohleindustrie zu veräussern. Die skandinavischen Fondsmanager stufen angesichts potenzieller Klimaschutz-Regeln Kohle als zunehmend risikoreiche Anlage ein. Auch der Versicherungskonzern Axa hat angekündigt, Beteiligungen an Kohle-Unternehmen in der Höhe von 500 Millionen Euro zu verkaufen. Dies wird womöglich weitere Investoren veranlassen, ähnlich vorzugehen. Im Fokus der Finanzgemeinde ist nicht nur die Kohle, welche die Umwelt verschmutzt wie kein anderer Energieträger. Im Fokus sind neuerdings auch Erdölfirmen. Denn immer mehr Investoren treibt die Frage um, was denn genau passieren könnte, wenn auf breiter Front Klimaschutz-Regulierungen eingeführt würden.

Finanzanalysten der britischen Nichtregierungsorganisation (NGO) Carbon Tracker Initiative haben die Folgen berechnet: Sollte die Welt versuchen, das 2-Grad-Ziel einzuhalten, dürfte nur eine Bruchteil der vorhandenen fossilen Brennstoff-Reserven verbrannt werden. Zwei Drittel der Reserven müssten im Boden bleiben. Für die Besitzer der Reserven, Firmen wie Shell oder BP, wäre dies einschneidend. Sie müssten einen Teil abschreiben. Die im Boden eingelagerten Reserven würden zu sogenannten «stranded assets», zu verlorenen Vermögenswerten. Das würde den Marktwert der Erdölfirmen massiv reduzieren. Solche düsteren Risiko-Szenarien stammen nicht nur von grünen NGO, sondern auch von mächtigen Finanzinstituten. So warnte die englische Zentralbank unlängst vor den finanziellen Risiken von Investitionen in fossile Energien.

Philipp Aeby hat sich mit seiner Schweizer Firma RepRisk auf die ökologischen und sozialen Risiken von Firmen spezialisiert. Er beobachtet, dass «stranded assets» in der Finanzgemeinde ein immer wichtigeres Thema werden. «Investoren können es sich nicht leisten, das Thema zu verschlafen», sagt er.

Es wäre falsch, den G-7-Gipfel als Anfang vom Ende der fossilen Energien zu sehen. Die westlichen Industrienationen und die internationale Gemeinschaft müssen erst beweisen, wie ernst es ihnen mit ihren Ankündigungen ist. Sie müssen Anreizsysteme schaffen, damit es für Investoren profitabel wird, in umweltschonende Energieträger und Technologien zu investieren. Der Klimaschutz muss zum Geschäft werden, sonst bleiben null Emissionen auch in den nächsten 100 Jahren blosses Wunschdenken.

Öko-Enzyklika

Päpstliche Schelte

Der Klimawandel sei nicht weniger als die wichtigste aktuelle Herausforderung der Menschheit. In seiner diese Woche veröffentlichten Enzyklika schreibt Papst Franziskus: «Niemals haben wir unser gemeinsames Haus so schlecht behandelt und so verletzt wie in den letzten beiden Jahrhunderten.» Die Erde scheine sich in eine «unermessliche Mülldeponie» zu verwandeln. «Der Rhythmus des Konsums, der Verschwendung und der Veränderung der Umwelt hat die Kapazität des Planeten derart überschritten, dass der gegenwärtige Lebensstil nur in Katastrophen enden kann.» Der 78-Jährige prangert an, dass sich die Politik von der Wirtschaft unterwerfen lasse. Für den Klimagipfel in Paris Ende Jahr fordert das Oberhaupt der katholischen Kirche, es müssten Programme entwickelt werden, um den Ausstoss von Kohlendioxid zu reduzieren. *(Agenturen/ami.)*